

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

**STROM**

↓

**88,33 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

**GAS**

↑

**44,18 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

**ZAHL DES TAGES**

**3.059**

Petajoule betrug der Primärenergieverbrauch in Deutschland im ersten Quartal. Das bedeutet einen Rückgang um 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

**GAS**

Gasanschluss-Abschaltung als Hemmnis für die Wärmewende

**NETZRESILIENZ**

Großspeicher in Hamburg geplant

**GASKRAFTWERK**

Zolling soll Reservekapazitäten stärken

## Inhalt

### TOP-THEMA

→ POLITIK: Bundesrat fordert Gasspeicherstrategie

### POLITIK & RECHT

- POLITIK: Kartellamt kritisiert Kraftwerksgesetz
- STROMSPEICHER: Speicherbranche warnt vor Investitionslücke
- STROMNETZ: Wirtschaft drängt auf schnelleren Netzausbau

### HANDEL & MARKT

- GAS: Gasanschluss-Abschaltung als Hemmnis für die Wärmewende
- WÄRME: Tragfestigkeit der Bio-Treppe untersucht
- STATISTIK: Erneuerbare legen im ersten Quartal zu
- REGENERATIVE: Doppeltes Plus bei Direktvermarktung
- STATISTIK DES TAGES: Deutsche Wasserkraft 2025 schwächer

### TECHNIK

- NETZRESILIENZ: Großspeicher in Hamburg geplant
- MOBILITÄT: Allianz Trade sieht Schub für Elektromobilität

### UNTERNEHMEN

- **GASKRAFTWERK:** Zolling soll Reservekapazitäten stärken
  - **STROMNETZ:** Langfristiger Ausbauplan soll helfen
  - **BETEILIGUNG:** Stadt Rudolstadt und die Teag planen Anteilstausch
  - **STROMNETZ:** Moderne Umspannwerke kommen aus Riesa
  - **PERSONALIE:** Solar-Verband mit neuer Spitze
- 

### **MARKTBERICHTE**

- **MARKTKOMMENTAR:** Marktteilnehmer bleiben vor ETS-Reform vorsichtig
- 

### **SERVICE**

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

## ★ TOP-THEMA

# Bundesrat fordert Gasspeicherstrategie



Bundesrat. Quelle: Georg Eble

## **POLITIK. Die Länderkammer hat einer E-Auto-Förderung zugestimmt, eine Gasspeicherstrategie gefordert und Vergabereformen sowie weitere Entlastungsmaßnahmen auf den Weg gebracht.**

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 8. Mai in Berlin eine Reihe energiepolitischer Entscheidungen getroffen. Im Mittelpunkt standen eine neue Kaufprämie für Elektroautos, eine Entschließung zur Absicherung der Gasversorgung sowie Änderungen im Vergaberecht und steuerpolitische Vorhaben.

Der Bundesrat forderte die Bundesregierung auf, kurzfristig eine Strategie zur Sicherung der Gasspeicherfüllstände zu entwickeln. Ziel sei es, ein aus Sicht der Länder angemessen sicheres Niveau bis zur Heizperiode 2026/2027 zu erreichen. In ihrer Entschließung mit dem Titel „Gaspreiskrise rechtzeitig abwenden, Speicherfüllstände langfristig sichern“ verweisen die Länder auf gestiegene Preisrisiken infolge geopolitischer Konflikte, die die internationalen Energiemärkte spürbar beeinflussen.

Nach Angaben der Länder lägen die aktuellen Speicherstände deutlich unter dem Niveau der Vorjahre. In der Begründung heißt es, dass bereits eine Kältewelle oder ausbleibende Lieferungen im kommenden Winter zu Versorgungsengpässen führen könnten. Dies könne Preisschocks auslösen, die sowohl private Haushalte als auch Unternehmen treffen würden. Energiepreissprünge gefährdeten zudem die konjunkturelle Entwicklung, erhöhten Inflationsrisiken und könnten Arbeitsplätze gefährden.

Die Länder baten die Bundesregierung außerdem zu prüfen, welche Maßnahmen kurzfristig zur Einsparung von Gas beitragen könnten. Diese sollten zügig umgesetzt werden. Zusätzlich regte der Bundesrat die Einführung einer strategischen Gasreserve an, die ausschließlich für Notlagen vorgesehen sein solle.

### ***E-Auto-Prämie und Vergaberecht***

Parallel dazu stimmte der Bundesrat einer neuen Rechtsgrundlage für die Förderung von Elektrofahrzeugen zu. Damit kann das Gesetz des Bundestages in Kraft treten. Demnach können Privatpersonen beim Kauf eines Elektroautos eine einkommensabhängige Förderung von bis zu 6.000 Euro erhalten. Die Regelung gilt rückwirkend für Fahrzeuge, die seit dem 1. Januar 2026 zugelassen wurden.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Reform des Vergaberechts, um öffentliche Beschaffungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Verwaltung und Wirtschaft sollen durch weniger Bürokratie entlastet und digitale Verfahren stärker genutzt werden. Künftig soll die Wertgrenze für Direktvergaben dauerhaft auf 50.000 Euro steigen. Bislang lag sie zeitweise bei 15.000 Euro.

Auftraggeber sollen jedoch bei mehreren Aufträgen zwischen Unternehmen wechseln, um Wettbewerb zu sichern. Gleichzeitig bleibt die sogenannte Teillosbildung grundsätzlich bestehen. Sie verpflichtet dazu, größere Aufträge aufzuteilen, um kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu erleichtern. Neu sind jedoch erweiterte Ausnahmen, etwa bei zeitkritischen Infrastrukturprojekten oder Vorhaben mit besonders hohem Volumen.

In einer begleitenden Entschließung kritisierten die Länder zudem, dass zahlreiche Landesinfrastrukturprojekte bislang nicht von den geplanten Vereinfachungen profitieren. Sie forderten, auch Vergaben für Landesstraßen, Brücken oder Bahnhöfe zu erleichtern.

### *1.000 Euro Entlastung abgelehnt*

Keine Mehrheit fand im Bundesrat eine vom Bundestag beschlossene Änderung des Steuerberatungsgesetzes, die eine steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie von bis zu 1.000 Euro für Beschäftigte vorsah. Diese sollte unter anderem gestiegene Energiekosten abfedern. Damit ist das Vorhaben vorerst gestoppt. Bundesregierung und Bundestag können nun den Vermittlungsausschuss anrufen, um einen Kompromiss zu finden.

Mehrere Länder, darunter Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und das Saarland, forderten darüber hinaus weitergehende Maßnahmen zur Entlastung. Sie plädierten unter anderem für eine stärkere Regulierung von Übergewinnen in der Mineralölwirtschaft, eine konsequente Anwendung des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß.

Die Beschlüsse und Entschließungen des Bundesrates werden jetzt an die Bundesregierung übermittelt. Ob und in welcher Form die Regierung die Vorschläge aufgreift, liegt in ihrem Ermessen.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / nitpicker

### **Kartellamt kritisiert Kraftwerksgesetz**

**POLITIK. Das Bundeskartellamt kritisiert den Entwurf für das Kraftwerksgesetz des Bundeswirtschaftsministeriums. Die Behörde sieht Risiken für Wettbewerb und Anbietervielfalt im Strommarkt.**

Das Bundeskartellamt hat seine Kritik am geplanten Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz (StromVKG) bekräftigt. In einer aktuellen Stellungnahme zum Referentenentwurf warnt die Wettbewerbsbehörde davor, dass bestehende Marktstrukturen im Strommarkt weiter verfestigt werden könnten. „Die im Referentenentwurf angedachten Regelungen verhindern nicht, dass sich bereits heute bestehende, wettbewerbsmäßig ungünstige Marktstrukturen verfestigen könnten“, so die Behörde.

Das Gesetz aus dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) soll den Aufbau neuer gesicherter Stromerzeugungskapazitäten regeln. Hintergrund ist der schrittweise Kohleausstieg und die Frage, wie die Stromversorgung während sogenannter Dunkelflauten mit wenig Wind- und Solarstrom abgesichert werden kann. Dafür setzt die Bundesregierung vor allem auf neue wasserstofffähige Gaskraftwerke.

Laut Referentenentwurf sollen Betreiber für das Bereithalten von Kraftwerkskapazitäten Zahlungen erhalten. Bereits 2026 sollen Ausschreibungen für zusätzliche Kapazitäten von insgesamt 11.000 MW starten. Mehrere große Energieunternehmen haben angekündigt, sich an den Ausschreibungen beteiligen zu wollen. Die Finanzierung des geplanten Kapazitätsmarkts soll über eine neue Verbraucherumlage erfolgen, die ab 2031 eingeführt werden soll.

#### *Große Unternehmen bevorzugt?*

Das Bundeskartellamt sieht jedoch weiterhin erhebliche Wettbewerbsrisiken. Die Behörde hatte bereits im Dezember 2025 eine Stellungnahme zu einem früheren Entwurf abgegeben und darin unter anderem eine Obergrenze für einzelne Anbieter vorgeschlagen. Diese sollte bei zehn Prozent der ausgeschriebenen Gesamtkapazität liegen, um die Vielfalt der Anbieter zu sichern und bestehende Marktmacht im Stromer Absatzmarkt nicht weiter zu verstärken.

Im aktuellen Entwurf fehlt eine solche Begrenzung nach Angaben des Kartellamts weiterhin. Die Behörde kritisiert deshalb, dass große Stromerzeuger ihre Marktstellung weiter ausbauen könnten. Zudem bemängelt das Kartellamt die Vorgaben für die Teilnahme an den Ausschreibungen. Bewerber müssten bereits bei der Einreichung einen bestehenden oder zugesagten Netzanschluss nachweisen. Nach Einschätzung der Behörde führt dies faktisch zu einer Bevorzugung bestehender Kraftwerksstandorte.

### **Batteriespeicher scheitern an Netzanschlüssen**

Neue Standorte hätten innerhalb der vorgesehenen Fristen kaum realistische Chancen, noch rechtzeitig eine Netzanschlusszusage zu erhalten. Das gelte insbesondere für Batteriespeicherprojekte. Diese könnten laut Kartellamt grundsätzlich auch ohne bereits genehmigten Netzanschluss bis 2031 umgesetzt werden, da Batteriespeicher deutlich kürzere Bauzeiten hätten als Gaskraftwerke.

Die Behörde verweist außerdem darauf, dass viele Kohle- und frühere Atomkraftwerksstandorte im Besitz weniger großer Stromerzeugungsunternehmen seien. Dadurch könnten sich bestehende Marktpositionen weiter verfestigen. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

## **Speicherbranche warnt vor Investitionslücke**



Quelle: BVES

**STROMSPEICHER. Der Bundesverband Energiespeicher Systeme (BVES) zieht Bilanz für 2025. Aktuelle energiepolitische Vorgaben gefährdeten Investitionen in Speichertechnologien und die Energiewende.**

Der Bundesverband Energiespeicher Systeme (BVES) hat eine kritische Bilanz zur Energiepolitik der schwarz-roten Bundesregierung gezogen. Im Rahmen seiner Bilanz für 2025 stellte der Verband am 8. Mai in Berlin die aktuellen Branchenzahlen vor. Zugleich warnten seine Vertreter vor einer zunehmenden Investitionsunsicherheit im Speicherbereich.

Nach Angaben des BVES verzeichnete die Energiespeicherbranche im Jahr 2025 erneut Wachstum. Viele Unternehmen seien mit Optimismus auf den Regierungswechsel und die angekündigte pragmatische Energiepolitik zugegangen. Gleichzeitig fehle es aus Sicht des Verbandes weiterhin an langfristig verlässlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in das künftige Energiesystem.

Der Verband erklärte, die Branche sei bereit, ihren Beitrag zur Transformation des Energiesystems zu leisten. Politische Rahmenbedingungen würden diese Entwicklung jedoch zunehmend bremsen. Besonders kritisch bewertet der BVES die ersten regulatorischen Maßnahmen der Bundesregierung, darunter die EEG-Novelle, das Netzpaket und die Kraftwerksstrategie.

### **Flexibilität ausgebremst**

Aus Sicht des Verbandes setzen die Vorhaben zu stark auf bestehende Strukturen und zu wenig auf flexible und technologieoffene Lösungen. BVES-Präsident Thomas Speidel kritisierte insbesondere die Diskussion über einen starren Kapazitätsmarkt. Ein solches Modell sei ein „statisches Werkzeug des letzten Jahrhunderts“, erklärte Speidel laut Mitteilung. Die Herausforderungen eines modernen Energiesystems müssten flexibel, technologieoffen und marktbasierend gelöst werden.

Der BVES fordert nach eigenen Angaben mehr Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Technologien. Wenn bestimmte Technologien wie Gaskraftwerke als unverzichtbar angesehen würden, müssten sie sich auch im Wettbewerb behaupten. „Technologieoffenheit bedeute, dass sich wirtschaftlich und systemisch sinnvolle Lösungen durchsetzen können“, erklärte Speidel.

### Unklare Rechtslage verhindert Projekte

Der Verband sieht in der aktuellen Entwicklung Risiken für die Energiespeicherbranche und den Industriestandort Deutschland. Investitionen blieben aus, Projekte verzögerten sich und Fortschritte bei der Elektrifizierung gerieten ins Stocken. Energiespeicher spielten speziell für die Industrie eine wichtige Rolle, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.



Umsatzentwicklung der Speicherbranche 2025

(Für Vollbild auf die Grafik klicken)

Quelle: BVES

Nach Angaben des BVES zeigt sich bereits im ersten Quartal 2026 eine Verschlechterung der Stimmung in der Branche. Grundlage dieser Einschätzung ist eine aktuelle Branchenumfrage des Verbandes. Demnach wächst die Unsicherheit bei Unternehmen und Investoren deutlich. So würden Speichern Netzanschlüsse versagt, obwohl sie Überschüsse aus Windkraft und PV-Anlagen aufnehmen könnten. „Am vergangenen Wochenende wurde wegen Negativpreisen erneuerbare Kapazität abgeregelt. Diese 250 Millionen Euro Entschädigung hätten wir uns mit Speichern ersparen können“, sagte Speidel.

Als Hauptproblem nennt der BVES die fehlende Planungssicherheit. Investitionsentscheidungen würden verschoben oder gestoppt. Ohne kurzfristige Gegenmaßnahmen drohe eine strukturelle Investitionslücke. Deutschland riskiere dadurch eine „Flexibilitätslücke“, erklärte der Verband. Diese entstehe nicht aufgrund fehlender Technologien, sondern wegen unzureichender politischer Rahmenbedingungen.

### Politik soll Hindernisse beseitigen

Mit dem Maßnahmenpapier „Endspurt 2030“ hat der BVES nach eigenen Angaben konkrete Vorschläge vorgelegt, um Investitionen in Speichertechnologien zu fördern und regulatorische Hemmnisse abzubauen. Im Mittelpunkt stehen technologieoffene Ansätze sowie Rahmenbedingungen, die Innovationen und zukünftige Entwicklungen berücksichtigen.

Der Verband appellierte an die Bundesregierung, stärker auf die Innovationskraft der heimischen Industrie zu setzen. Die deutsche Industrie habe in der Vergangenheit gezeigt, dass sie technologische Transformationen bewältigen könne, wenn verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen würden. Zum Abschluss betonte der BVES, dass die Energiespeicherbranche bereitstehe, einen wichtigen Beitrag zu einem resilienten, effizienten und wettbewerbsfähigen Energiesystem zu leisten. Dafür brauche es jedoch faire Wettbewerbsbedingungen sowie langfristig verlässliche politische Entscheidungen.

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

## Wirtschaft drängt auf schnelleren Netzausbau



Netz-Gipfel (v.li.): Birgit Potrafki (CFO Salzgitter AG), Christian Sewing (CEO Deutsche Bank), Tim Meyerjürgens (CEO TeneT Germany), Aurelie Alemany (CEO Enercity), Markus Krebber (CEO RWE) und Tim Holt (Vorstandsmitglied Siemens Energy)  
Quelle: TeneT

**STROMNETZ. Beim Netz-Gipfel von TeneT haben Vertreter aus Energiebranche, Industrie und Finanzwirtschaft schnellere Genehmigungen und verlässliche Investitionsbedingungen gefordert.**

Vertreter aus Energiebranche, Industrie und Finanzwirtschaft haben beim dritten Netz-Gipfel des Übertragungsnetzbetreibers TeneT Deutschland mehr Tempo bei der Transformation des Energiesystems angemahnt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung am 6. und 7. Mai in Brunsbüttel standen laut TeneT die Energiesouveränität Europas, die Finanzierung der Energiewende und der Ausbau zentraler Infrastrukturen.

An der Veranstaltung nahmen Spitzenvertreter aus Energiewirtschaft, Industrie und Finanzsektor teil. Diskutiert wurde unter anderem, wie Deutschland und Europa ihre Energieversorgung unabhängiger, resilienter und wettbewerbsfähiger gestalten können.

Zum Auftakt des Gipfels zeigte TeneT Fortschritte bei Infrastrukturprojekten. Dazu gehörten Führungen an der Elbe-Tunnelbaustelle des Gleichstromprojekts Südlink sowie durch einen Offshore-Konverter. Am zweiten Veranstaltungstag diskutierten Tim Meyerjürgens, Vorsitzender der Geschäftsführung von TeneT Deutschland, Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender von RWE, Christian Sewing, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, Birgit Potrafki, Finanzvorständin der Salzgitter AG, Tim Holt aus dem Vorstand von Siemens Energy sowie Aurelie Alemany, Vorstandsvorsitzende von Enercity.

### *Europäische Energiesouveränität im Fokus*

Im Zentrum der Gespräche stand laut TeneT die Frage, wie Energiesouveränität in Europa erreicht werden kann. Die Teilnehmer betonten, dass dies nur durch den Ausbau erneuerbarer Energien, leistungsfähige Stromnetze, Speicher, flexible Kraftwerkskapazitäten und eine stärkere europäische Vernetzung möglich sei. Nationale Alleingänge seien dafür nicht ausreichend.

TeneT-Geschäftsführer Meyerjürgens erklärte, Energiesouveränität entscheide über Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Dafür brauche es „sofort verlässliche, international wettbewerbsfähige Investitionsbedingungen“, damit Kapital ohne Verzögerung in den Netzausbau fließen könne. Zudem müsse das Energiesystem stärker als Gesamtsystem gedacht werden, bei dem Erzeugung, Netze und Flexibilität ineinandergreifen.

Auch Markus Krebber verwies auf die Bedeutung verlässlicher Rahmenbedingungen. Infrastrukturinvestitionen hätten lange Laufzeiten. Deshalb brauche es neben attraktiven Bedingungen vor allem Planungssicherheit und schnellere Genehmigungen. Daran entscheide sich die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts.

### *Finanzierung des Netzausbaus unterstützen*

Christian Sewing sprach von einem „Finanzierungsmarathon“ für Netze, Energieversorgung und industrielle Transformation. Nach Angaben des Deutsche-Bank-Chefs sei ausreichend Kapital vorhanden. Voraussetzung sei jedoch, Prozesse zu vereinfachen und die Umsetzung deutlich zu beschleunigen.

Birgit Potrafki verwies auf geopolitische Risiken und Störungen internationaler Lieferketten. Diese zeigten die Bedeutung einer unabhängigen Stahlproduktion in Europa. Die Finanzvorständin der Salzgitter AG forderte deshalb stabile regulatorische und finanzielle Rahmenbedingungen für Unternehmen, die frühzeitig in die Transformation investierten.

Siemens-Energy-Vorstand Tim Holt erklärte, Lieferketten könnten nur dann im erforderlichen Tempo ausgebaut werden, wenn Unternehmen langfristige Planungssicherheit erhielten. Der Austausch zwischen Netzbetreibern, Industrie, Politik und Gesellschaft sei dafür entscheidend.

Aurelie Alemany betonte die Rolle der Elektrifizierung und Digitalisierung. Die Vorstandsvorsitzende von Enercity erklärte, Speicher, intelligente Netze und die Wärmewende seien zentrale Voraussetzungen für ein resilientes und bezahlbares Energiesystem in Europa.

Nach Angaben von Tennet herrschte unter den Teilnehmern Einigkeit darüber, dass die Energiewende eines der größten Investitionsprojekte der kommenden Jahrzehnte sei. Sie könne langfristig die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten reduzieren und industrielle Wertschöpfung in Europa stärken. Voraussetzung seien jedoch klare politische Prioritäten, verlässliche Rahmenbedingungen und eine kontinuierliche Unterstützung über Legislaturperioden hinweg. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## HANDEL & MARKT



Quelle: Fotolia / WoGi

### **Gasanschluss-Abschaltung als Hemmnis für die Wärmewende**

#### **GAS. Der Verbraucherzentrale Bundesverband hat eine Übersicht zur Abschaltung von Gasanschlüssen veröffentlicht. Viele Verbraucher sind bei dem Thema verunsichert.**

Beim Umstieg von Erdgasheizungen auf Wärmepumpen stellen sich viele Haushalte eine wichtige Frage: Was passiert mit dem bestehenden Erdgasanschluss? Der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) zeigt in einer Übersicht die Unterschiede bei Kosten, Begrifflichkeiten und Verfahren der Gasanschlussabschaltung. Aus Sicht der Verbraucherorganisation entwickelt sich das Thema zunehmend zu einem Hemmnis für den Wechsel auf klimafreundliche Heizsysteme.

Im Mittelpunkt stehen drei Formen der Abschaltung, die die Bundesnetzagentur unterscheidet: die vorübergehende Pausierung eines Anschlusses, die dauerhafte Stilllegung sowie der vollständige Rückbau. Während bei einer Pausierung der Anschluss betriebsbereit bleibt, wird bei der Stilllegung die Versorgung dauerhaft unterbrochen. Beim Rückbau werden zusätzlich Leitungen und Anlagenteile entfernt. Allerdings: „Für diese drei genannten Abschaltungsarten gibt es keine bindende gesetzliche Definition“, heißt es.

#### ***Kosten zwischen null und 6.900 Euro***

Der VZBV verweist darauf, dass viele Verbraucher beim Austausch ihrer Gasheizung durch eine Wärmepumpe mit unerwarteten Kosten konfrontiert werden. Besonders kritisch sieht die Verbraucherorganisation die großen Preisunterschiede zwischen einzelnen Netzbetreibern. In einem bundesweiten Marktcheck von 54 Gasverteilnetzbetreibern lagen die einmaligen Kosten für eine Stilllegung zwischen null und 6.545 Euro. Für einen Rückbau wurden zwischen null und 6.900 Euro verlangt. Gemittelt lag der Preis bei rund 455 Euro für eine Stilllegung und etwa 1.190 Euro für einen Rückbau.

Hinzu kommt, dass nicht alle Netzbetreiber sämtliche Abschaltungsarten anbieten. Auf vielen Webseiten fehlten Informationen vollständig oder waren nur schwer auffindbar. Teilweise wurde ausschließlich ein kostenintensiver Rückbau angeboten, obwohl Verbraucher lediglich eine Stilllegung wünschten. Nach Einschätzung des VZBV erschwert dies den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme zusätzlich.

Auch bei der Kommunikation sehen die Verbraucherschützer Defizite. In ausgewerteten Beschwerdefällen berichteten Verbraucher von hohen Rechnungen, unklaren Kostenstrukturen und Problemen bei der Abstimmung zwischen Netzbetreiber und Grundversorger. Teilweise seien nach dem Ausbau des Gaszählers weiterhin Grundpreise berechnet worden, weil Informationen über die Abschaltung nicht rechtzeitig weitergegeben wurden.

### *Rechtliche Unklarheiten*

Rechtlich bleibt die Situation ebenfalls ungeklärt. Netzbetreiber berufen sich häufig auf die Niederdruckanschlussverordnung (NDAV), insbesondere auf Paragraph 9, um Kosten für Stilllegung oder Rückbau in Rechnung zu stellen. Juristisch ist jedoch umstritten, ob diese Vorschrift überhaupt auf die Abschaltung eines Anschlusses angewendet werden kann. Das Oberlandesgericht Oldenburg entschied Ende 2025, dass die Stilllegung eines Netzanschlusses nicht unter den Begriff der „Änderung“ im Sinne der NDAV fällt. Eine höchstrichterliche Entscheidung des Bundesgerichtshofs steht allerdings noch aus.

Der VZBV fordert deshalb klare gesetzliche Regelungen. Aus Sicht des Verbandes sollte die Stilllegung eines Gasanschlusses grundsätzlich kostenfrei sein. Zudem müssten alle Netzbetreiber verpflichtet werden, eine Stilllegung als Standardoption anzubieten. Darüber hinaus sprechen sich die Verbraucherschützer für bundesweit einheitliche Begriffe und transparente Preisangaben aus.

Das Papier „**Gasanschlussabschaltung. Transparenz, Kosten und rechtliche Rahmenbedingungen**“ des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (VZBV) kann auf dessen Website heruntergeladen werden.

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

## Tragfestigkeit der Bio-Treppe untersucht



Quelle: BWP

**WÄRME. Die Denkfabrik Epico hat gemeinsam mit dem Beratungsunternehmen Frontier Economics sich im Gebäudemodernisierungsgesetz die Ausgestaltung der „Bio-Treppe“ näher angesehen.**

„Bio-Treppe“ und Grüngasquote können einen Beitrag zur Wärmewende leisten, wenn sie richtig ausgestaltet sind. Das ist das Ergebnis eines „Realitäts-Check“ des kürzlich vorgelegten Gebäudemodernisierungsgesetzes durch die Beratungsfirmen Energy and Climate Policy and Innovation Council, kurz Epico, und Frontier Economics. Beide sehen im geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) zwar grundsätzlich Potenziale für den Einsatz klimaneutraler Gase im Gebäudesektor, warnen aber zugleich vor steigenden Kosten und Nutzungskonflikten.

Hintergrund ist die geplante Neuausrichtung der Wärmepolitik der Bundesregierung. Der Referentenentwurf des GModG sieht vor, dass neue Gas- und Ölheizungen weiterhin eingebaut werden dürfen, sofern schrittweise steigende Anteile klimaneutraler Brennstoffe eingesetzt werden.

Die „Bio-Treppe“ soll ab 2029 zunächst einen Anteil von zehn Prozent vorschreiben. Vorgesehen sind anschließend 15 Prozent ab 2030, 30 Prozent ab 2035 und 60 Prozent ab 2040. Parallel dazu soll eine Grüngasquote Inverkehrbringer verpflichten, zunehmende Mengen klimaneutraler Gase bereitzustellen

### Verteilung der wirtschaftlich nutzbaren Mengen

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die technischen Potenziale für Biomethan und Wasserstoff zwar hoch seien, wirtschaftlich nutzbare Mengen jedoch deutlich geringer ausfielen. Zudem konkurrierte der Gebäudesektor künftig mit Industrie, Verkehr und Stromerzeugung um dieselben Grüngasmengen.

Im mittleren Szenario rechnen die Autoren für das Jahr 2035 mit einer Grüngasnachfrage von rund 18 Milliarden kWh im Gebäudesektor. Bis 2045 könnte die Nachfrage auf 207 Milliarden kWh steigen. Gleichzeitig verweisen die Studienautoren auf heimische Potenziale von mehr als 350 Milliarden kWh für Biomethan und Wasserstoff. Zusätzliche Importmöglichkeiten aus Europa, insbesondere aus der Ukraine, könnten den Spielraum erweitern.

Die eigentliche Herausforderung liege daher weniger in der absoluten Verfügbarkeit als in der Verteilung der Mengen zwischen den Sektoren. „Industrie, Verkehr und Stromsystem sowie die Notwendigkeit, früher oder später Negativemissionen generieren zu müssen, erhöhen den Druck auf verfügbare Mengen deutlich“, heißt es in der Analyse.

### Kosten für Haushalte

Bei den Kosten rechnen die Studienautoren kurzfristig mit vergleichsweise moderaten Belastungen für Haushalte. Im mittleren Szenario mit hohem CO<sub>2</sub>-Preis steigen die jährlichen Heizkosten eines durchschnittlichen Einfamilienhauses durch die Grüngasquote im Jahr 2030 um acht Euro, durch die Bio-Treppe um rund 100 Euro jährlich. Für 2035 reichen die Mehrkosten laut Studie von 24 bis 128 Euro pro Jahr.

In ungünstigen Preisentwicklungen könnten die Belastungen jedoch deutlich höher ausfallen. Im modellierten Hochpreis-Szenario mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Preis steigen die jährlichen Heizkosten 2035 laut Untersuchung um bis zu 398 Euro.

Die Autoren sprechen sich deshalb für einen flexiblen Hochlauf der Grüngasquote aus. Starre gesetzliche Zielpfade könnten das Risiko erhöhen, dass politische Vorgaben und tatsächliche Verfügbarkeit auseinander liefen.

Zugleich plädieren Epico und Frontier Economics dafür, Grüngase vor allem dort einzusetzen, wo Elektrifizierung technisch oder wirtschaftlich schwer umsetzbar sei. Wasserstoff werde im Gebäudesektor langfristig vermutlich keine bedeutende Rolle spielen. Als Gründe nennen die Autoren Effizienzverluste sowie die Konkurrenz durch Industrie und Energiesystem.

Der „[Realitäts-Check des Gebäudemodernisierungsgesetzes und Leitlinien für die Ausgestaltung](#)“ stehen zum Download zur Verfügung // [VON STEFAN SAGMEISTER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Erneuerbare legen im ersten Quartal zu



**STATISTIK. Die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen meldet für das erste Quartal 2026 einen Rückgang des Primärenergieverbrauchs um 1,7 Prozent. Vor allem erneuerbare Energien legten zu.**

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ist in den ersten drei Monaten 2026 leicht gesunken. Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen lag der Verbrauch mit 3.059 Petajoule beziehungsweise 104,4 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten um 1,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Als Hauptgrund nennt die AG Energiebilanzen die anhaltend schwache Konjunktur.

Zwar sei das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,5 Prozent gestiegen, energieintensive Industriezweige hätten ihre Produktion jedoch erneut deutlich reduziert. Gleichzeitig habe die teils kalte Witterung im Januar den Energiebedarf für Raumwärme erhöht.

### ***Energiepreise belasten Märkte***

Auch die Entwicklung der Energiepreise spielte laut AG Energiebilanzen eine Rolle. Zwar seien die Energieeinfuhrpreise zu Jahresbeginn zunächst gesunken, was den Verbrauch hätte erhöhen können. Dieser Effekt sei jedoch ausgeblieben, nachdem die Sperrung der Straße von Hormus sowie steigende Preise für Rohöl und Erdgas ab März die Märkte belastet hatten.

Die AG Energiebilanzen weist zudem auf statistische Effekte hin. Hintergrund sei die gestiegene Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Da Wind- und Solarstrom in der Primärenergiebilanz mit einem Wirkungsgrad von 100 Prozent bewertet werden, sinke rechnerisch der Primärenergieverbrauch. Im Vorjahresquartal hatte eine schwache Windstromerzeugung den gegenteiligen Effekt ausgelöst.

Bereinigt um die kühlere Witterung wäre der Primärenergieverbrauch nach Berechnungen der AG Energiebilanzen sogar um 2,2 Prozent gesunken.

### ***Sinkender Ölverbrauch***

Beim Mineralölverbrauch verzeichnete die AG Energiebilanzen einen Rückgang um 5 Prozent. Der Absatz von Ottokraftstoff sank leicht um 0,5 Prozent, die Nachfrage nach Dieselmotorkraftstoff ging um rund 5 Prozent zurück.

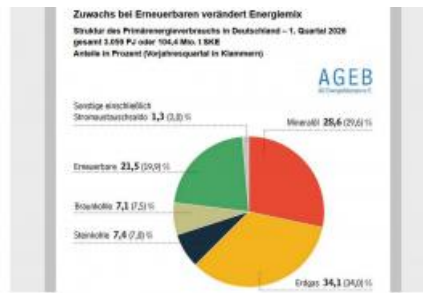
Die Lieferungen von Rohbenzin an die chemische Industrie lagen knapp 2 Prozent unter Vorjahresniveau. Auch der Verbrauch von Flugkraftstoff sank um 5,5 Prozent. Beim leichten Heizöl betrug das Minus mehr als 10 Prozent. Laut AG Energiebilanzen stockten viele Verbraucher ihre Vorräte trotz zunächst günstiger Preise nicht auf und reagierten nach den deutlichen Preissteigerungen im März mit Kaufzurückhaltung.

Der Erdgasverbrauch lag mit einem Minus von 1,4 Prozent ebenfalls leicht unter dem Vorjahreswert. Während der Bedarf für Raumwärme sowie in der Strom- und Fernwärmeerzeugung stieg, ging der Verbrauch der Industrie zurück.

### ***Weniger Kohlebedarf***

Der Verbrauch von Steinkohle nahm dagegen um 3,5 Prozent zu. Während Kraftwerke 3,9 Prozent weniger Steinkohle einsetzten, erhöhten sich die Lieferungen an die Eisen- und Stahlindustrie um 6,5 Prozent.

Der Verbrauch von Braunkohle sank um gut 7 Prozent. Die Förderung entwickelte sich laut AG Energiebilanzen in ähnlicher Größenordnung rückläufig. Das führt die Organisation neben dem Kohleausstieg und der Stilllegung von Kraftwerkskapazitäten vor allem auf die deutlich höhere Windstromerzeugung zurück.



Zuwachs bei Erneuerbaren verändert den Energiemix im 1. Quartal 2026  
(Für Vollbild auf die Grafik klicken)  
Quelle: AGEB

Die erneuerbaren Energien legten insgesamt um 6,6 Prozent zu. Besonders stark stieg die Windstromerzeugung mit einem Plus von 28 Prozent gegenüber dem windschwachen Vorjahresquartal. Die Solarstromerzeugung nahm um 3 Prozent zu. Wegen der kühleren Temperaturen stieg auch der Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmemarkt um 4 Prozent. Der Absatz von Biokraftstoffen sank dagegen um 2 Prozent.

Im Stromhandel verzeichnete Deutschland erstmals seit 2023 wieder einen Exportüberschuss. Die Stromausfuhren stiegen laut AG Energiebilanzen um 20,6 Prozent auf 19,5 Milliarden kWh. Gleichzeitig gingen die Stromimporte um 15,9 Prozent auf 16 Milliarden kWh zurück.

Die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen sanken im ersten Quartal 2026 nach überschlägigen Berechnungen um rund 2,5 Prozent. Das entspricht einer Verringerung um etwa 4,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>.

// VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Doppeltes Plus bei Direktvermarktung



Quelle: Shutterstock / Jevanto Productions

**REGENERATIVE. In der geförderten Direktvermarktung sind im Mai 868 MW mehr angemeldet worden als im Vormonat. In der sonstigen Direktvermarktung errechnet sich ein Plus von 749 MW.**

Mehr Leistung im Mai in der Direktvermarktung: Nach Angaben der Übertragungsnetzbetreiber sind für den laufenden Monat 102.273 MW in der geförderten Direktvermarktung – mit Inanspruchnahme der Marktprämie – angemeldet worden. Das sind rund 868 MW mehr als im April.

Auf Windkraft-Onshore-Anlagen entfallen 52.871 MW (plus 786 MW), auf Offshore-Parks 5.823 MW (minus 169 MW). Solarenergie macht 35.754 MW aus (plus 245 MW), Biomasse 6.904 MW (plus 5 MW).

Bei der sonstigen Direktvermarktung summiert sich die angemeldete Leistung nach den aktuellen Zahlen von 50 Hertz, Amprion, Tennet und Transnet BW auf 32.267 MW. Das bedeutet ein Plus von 749 MW gegenüber dem Vormonat.

### Wasserkraft gegen den Trend

Windkraft-Onshore-Anlagen schlagen mit 14.094 MW zu Buche (plus 88 MW). Von Offshore-Anlage sind 5.056 MW im Mai angemeldet (plus 334 MW). Auf Solarerzeugung entfallen 11.087 MW (plus 326 MW). Biomasse-Anlagen ergeben in sonstigen Direktvermarktung 1.154 MW (plus 2 MW).

Leicht rückläufig ist die Entwicklung bei der Wasserkraft. In der geförderten Direktvermarktung beträgt die im Mai bisher registrierte Leistung 835 MW (minus 1 MW). Für die sonstige Direktvermarktung errechnen sich 678 MW (minus 2 MW). // VON MANFRED FISCHER

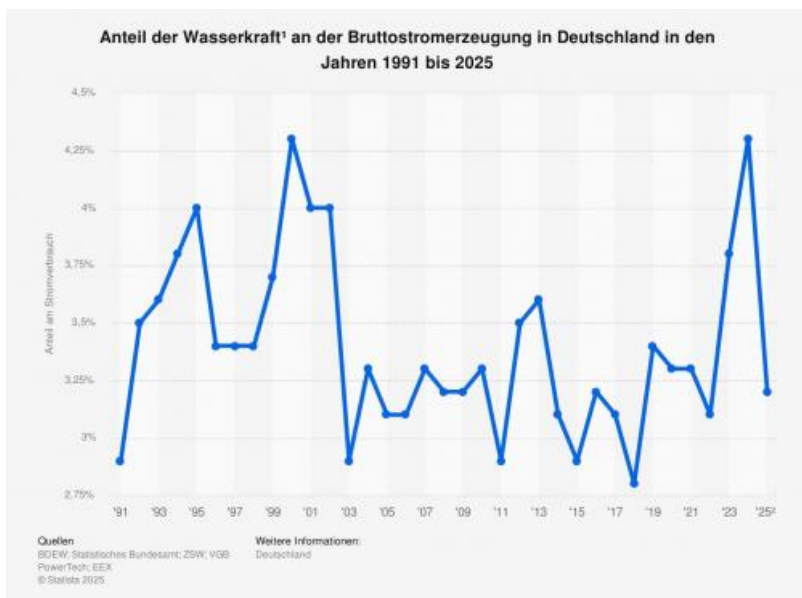
[^ Zum Inhalt](#)

## Deutsche Wasserkraft 2025 schwächer



Quelle: E&M / Pixabay

**STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.**



[Zur Vollansicht auf die Grafik klicken](#)

Quelle: Statista

Die Grafik zeigt die Stromerzeugung aus Wasserkraft in Deutschland von 1991 bis 2025. Durch ein trockenes Jahr sank sie 2025 auf rund drei Prozent des in Deutschland erzeugten Bruttostroms. Das entspricht 16 Milliarden kWh Strom. 2024 waren es etwa 4,3 Prozent Anteil an der Bruttostromerzeugung.

Wasserkraftwerke befinden sich hierzulande überwiegend in Süddeutschland, weil sie das Gefälle des fließenden Wassers nutzen. Bayern ist mit Abstand das Bundesland mit den meisten Wasserkraftwerken. Die Daten wurden durch BDEW, Statistisches Bundesamt, ZSW, EEX und VGB Powertech erhoben.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## 🔧 TECHNIK



Visualisierung des geplanten Batteriespeicherprojekts in Hamburg. Quelle: Flower Infrastructure Technologies AB

### Großspeicher in Hamburg geplant

**NETZRESILIENZ.** In Hamburg soll ein Batteriespeicher mit 100 MW Leistung und 400 MWh Kapazität entstehen. Ein schwedisches Energietechnikunternehmen hat das Projekt in Bergedorf zur Baureife geführt.

Mit dem Vorhaben in Bergedorf, einem Bezirk im Südosten Hamburgs, plant Flower Infrastructure Technologies AB den nach eigenen Angaben „größten Batteriespeicher innerhalb einer deutschen Großstadt“. Das Unternehmen mit Sitz in Stockholm sicherte dafür zusammen mit lokalen Partnern die nötigen Netzanschlüsse und Genehmigungen. In Hamburg soll der geplante Speicher ab Ende 2028 dazu beitragen, erneuerbaren Strom besser in das Energiesystem zu integrieren und das Netz zu stabilisieren.

Der Speicher soll künftig Strom aus Wind- und Solarenergie aufnehmen, wenn die Einspeisung hoch ausfällt. Zu einem späteren Zeitpunkt kann das System die Energie wieder bereitstellen. Flower verweist darauf, dass solche Flexibilitätslösungen an Bedeutung gewinnen, da mit dem Ausbau erneuerbarer Energien häufiger Phasen hoher Einspeisung entstehen. Ohne Speicher drohten Abregelungen oder zeitweise negative Strompreise an der Börse.

#### *Standort besonders geeignet*

Das Projekt entsteht im Bezirk Bergedorf auf einer Gewerbefläche im Stadtteil Allermöhe. Die Fläche umfasst, wie es weiter heißt, rund zwei Hektar. Hamburg Invest unterstützte Flower bei der Flächensuche und Standortentwicklung. Die städtische Wirtschaftsförderung mit Sitz in Hamburg begleitet Unternehmen bei Ansiedlungen im Wirtschaftsraum Hamburg. Auch das Förderprogramm Scaleup Hamburg unterstützte das Unternehmen laut Mitteilung in einer frühen Phase.

Hamburg Invest bewertet den Standort als passend, da die Fläche wegen bodenspezifischer Besonderheiten für andere gewerbliche Nutzungen kaum infrage komme. Für einen Batteriespeicher eigne sie sich dagegen gut. Hamburg Invest verweist zudem auf die Nähe zum Energie-Campus der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und zum entstehenden Innovationspark Bergedorf, der unter anderem erneuerbare Energien adressiert.

John Diklev, Gründer und Geschäftsführer von Flower, sieht das Vorhaben als wichtigen Schritt, um Batteriespeicher in Deutschland zu skalieren und die Stabilität des nationalen und regionalen Stromsystems zu unterstützen.

### *Flower baut Projektpipeline in Europa aus*

Das Hamburger Projekt reiht sich in mehrere Batteriespeicheraktivitäten von Flower in Deutschland ein. Kürzlich gab das Unternehmen die Übernahme eines Batterieenergiespeicherprojekts in Döllnitz bei Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) bekannt. Dort plant Flower ein System mit 63 MW Leistung und 257 MWh Kapazität. Parallel brachte das Unternehmen im Saarland ein Projekt mit 10 MW Leistung und 20 MWh Kapazität in den baureifen Status. Nach eigenen Angaben entwickelt Flower weitere Batterieenergiespeicherprojekte in Deutschland.

Auch im Heimatmarkt Schweden betreibt Flower bereits Batteriespeicher. Vier Standorte sind dort nach Unternehmensangaben in Betrieb und kommen zusammen auf eine installierte Leistung von 63 MW. Drei weitere intern entwickelte Projekte mit zusammen 70 MW sollen im Jahr 2026 ans Netz gehen. Darüber hinaus entwickelt Flower großskalige Speicherprojekte in den Niederlanden, Frankreich und Belgien. Das Unternehmen spricht von einer europäischen Entwicklungspipeline im Multi-GWh-Bereich.

Flower beschäftigt nach eigenen Angaben mehr als 140 Mitarbeiter und verfügt über finanzielle Unterstützung von mehr als 150 Millionen Euro. Das Unternehmen vermarktet und optimiert flexible Energieanlagen über eine KI-gestützte Plattform. // [VON DAVINA SPOHN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Allianz Trade sieht Schub für Elektromobilität



Quelle: Shutterstock / ModernNomads

**MOBILITÄT. Steigende Ölpreise könnten die Nachfrage nach Elektroautos in Europa beschleunigen. Eine Studie von Allianz Trade verweist zugleich auf Defizite bei Ladepunkten und Stromnetzen.**

Die aktuelle Energiekrise könnte die Elektromobilität in Europa schneller vorantreiben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Kreditversicherers Allianz Trade mit Hauptsitz in Paris. Nach Einschätzung von Allianz Trade gewinnen Elektroautos durch die gestiegenen Ölpreise weiter an wirtschaftlicher Attraktivität im Vergleich zu Verbrenner-Fahrzeugen.

Im ersten Quartal 2026 erreichte der Marktanteil batterieelektrischer Fahrzeuge laut der Untersuchung neue Höchststände. So lag in der Europäischen Union der Anteil bei 19 Prozent, in Deutschland bei 23 Prozent und in Frankreich bei 28 Prozent. Allianz Trade bewertet die Entwicklung als Hinweis darauf, dass steigende Kraftstoffpreise den Wandel im Verkehrssektor beschleunigen könnten.

Guillaume Dejean, Analyst bei Allianz Trade, sieht vor allem wirtschaftliche Gründe für diesen Trend. „Jede Ölpreiskrise ist ein Turbo für die Elektromobilität – nicht aus Ideologie, sondern aus rein wirtschaftlichem Denken“, sagte er laut einer Mitteilung des Unternehmens. Elektroautos verursachen derzeit fünf- bis siebenmal niedrigere Energiekosten als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Ohne Netzausbau, Industriepolitik und langfristige Planungssicherheit werde der Effekt jedoch nicht dauerhaft sein, so Dejean weiter.

Besonders in Deutschland steige laut Studie der finanzielle Druck auf Autofahrer. Kraftstoffpreise von mehr als zwei Euro pro Liter trafen auf höhere Kosten für Reparaturen, Wartung und Ersatzteile. Diese Ausgaben seien seit 2021 europaweit um 20 bis 37 Prozent gestiegen. Laut Allianz Trade wenden Haushalte in Deutschland inzwischen 7 bis 8 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Autonutzung auf. Bei einkommensschwächeren Gruppen liege der Anteil teilweise bei mehr als 11 Prozent.

### ***Batteriepreise sinken weiter***

Nach Einschätzung der Studienautoren nähert sich die Elektromobilität zudem einem wirtschaftlichen Wendepunkt. Die Preise für Lithium-Ionen-Batterien seien seit 2010 um 93 Prozent gefallen und könnten bis 2030 auf 60 bis 70 US-Dollar (umgerechnet 51 bis 59 Euro) pro kWh sinken. Auf diesem Niveau würden Elektrofahrzeuge in vielen Segmenten günstiger als Verbrenner, auch ohne staatliche Förderung, heißt es in der Studie.

Hazem Krichene, Senior-Klimaökonom bei Allianz Research, der volkswirtschaftlichen Analyse-Einheit von Allianz Trade, bewertet diese Entwicklung. Er sieht sie als entscheidend für den weiteren Markthochlauf der Elektromobilität. Förderprogramme könnten den Hochlauf zwar beschleunigen, aber keine wettbewerbsfähige Technologie ersetzen, meint er.

Gleichzeitig verweisen die Studienautoren auf strukturelle Probleme beim Ausbau der Infrastruktur. Europa verfüge derzeit über rund 1,1 Millionen Ladepunkte. Damit liege die EU deutlich unter dem Ziel der Europäischen Kommission von 3,5 Millionen Ladepunkten bis 2030. Nur 16 Prozent der bestehenden Anlagen seien Schnellladepunkte.

### ***Konkurrenzkampf mit KI um Netzkapazitäten***

Nach Darstellung der Studie könnten nicht nur fehlende Ladepunkte, sondern auch die Stromnetze zum Engpass werden. Allianz Research verweist dabei auf den steigenden Strombedarf von Rechenzentren für Anwendungen mit künstlicher Intelligenz. Dieser Verbrauch könnte bis 2030 in der Europäischen Union um fast 65 Prozent steigen und damit zunehmend mit der Elektromobilität um Netzkapazitäten konkurrieren.

Für die europäische Automobilindustrie verschärft sich laut Allianz Trade zugleich der Wettbewerbsdruck. Chinesische Hersteller hätten ihren Marktanteil in Europa inzwischen auf rund 7 Prozent erhöht und verstärkten den Preiswettbewerb. Zudem bleibe die Branche anfällig für Lieferkettenprobleme, insbesondere bei Halbleitern. Moderne Elektrofahrzeuge benötigten zwei- bis dreimal mehr elektronische Komponenten als ältere Verbrennermodelle.

Die 13-seitige Studie „**Automotive: Will the Middle East crisis supercharge EV momentum?**“ ist über die Internetseite von Allianz Trade abrufbar. // **VON DAVINA SPOHN**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## UNTERNEHMEN



Das Steinkohlekraftwerk Zolling gehört seit 2025 zur Netzreserve. Onyx Power plant dort nun ein wasserstofffähiges Gaskraftwerk mit 800 MW Leistung. Quelle: Onyx Power

## Zolling soll Reservekapazitäten stärken

**GASKRAFTWERK. Ein neues wasserstofffähiges Gaskraftwerk soll in Zolling (Bayern) die Stromversorgung absichern. Die Anlage soll vor allem bei Dunkelflauten einspringen.**

Im Süden Bayerns konkretisieren sich die Pläne für ein neues wasserstofffähiges Gaskraftwerk. Der Kraftwerksbetreiber Onyx Power mit Sitz in Dallas (Texas) will am Standort Zolling nahe Freising (Bayern) ein Gas- und Dampfturbinenkraftwerk mit rund 800 MW Leistung errichten. Die Anlage soll künftig vor allem dann Strom liefern, wenn Wind- und Solaranlagen nicht ausreichend einspeisen. Das geht aus Mitteilungen des bayerischen Wirtschaftsministeriums und von Onyx Power hervor.

Das Projekt gehört zu den ersten konkreteren Vorhaben im Zusammenhang mit dem Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätsgesetz (StromVKG). Über dieses Gesetz will die Bundesregierung neue steuerbare Kraftwerkskapazitäten fördern. Sie sollen Versorgungslücken schließen, die durch den Kernenergieausstieg und den geplanten Kohlerückbau entstehen.

Nach Angaben von Onyx Power soll die neue Anlage technisch so ausgelegt werden, dass sie perspektivisch auch Wasserstoff nutzen kann. Solche H<sub>2</sub>-ready-Kraftwerke gelten als wichtiger Bestandteil des künftigen Energiesystems. Sie lassen sich flexibel regeln und sollen langfristig klimafreundlicher betrieben werden als klassische Gaskraftwerke.

### *Beitrag zur Versorgungssicherheit im süddeutschen Raum*

Der Kraftwerksstandort Zolling zählt zu den traditionsreichen Energiestandorten in Bayern. Das dortige Steinkohlekraftwerk stellte seinen regulären Betrieb im Februar 2025 ein. Bis mindestens 31. März 2031 bleibt der Block Teil der Netzreserve und kann bei Netzengpässen oder Dunkelflauten wieder hochgefahren werden. Neben dem Kohleblock betreibt Onyx Power am Standort Zolling weiterhin ein Biomasseheizkraftwerk sowie Gasturbinen. Nach Darstellung des bayerischen Wirtschaftsministeriums soll das geplante GuD-Kraftwerk die Bedeutung des Standorts langfristig sichern. Die Staatsregierung sieht darin zudem einen Beitrag zur Versorgungssicherheit im süddeutschen Raum.

Kraftwerksleiter Roman Ritter bezeichnete die geplante Anlage laut Unternehmensmitteilung als zentrales Zukunftsprojekt für den Standort Zolling. Moderne flexible Kraftwerke würden künftig eine wichtige Rolle im Stromsystem übernehmen. Gleichzeitig verwies Ritter darauf, dass die Umsetzung von verlässlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen und funktionierenden Ausschreibungen abhängt.

Die Anlage soll nach Angaben von Onyx Power insbesondere in Zeiten geringer Einspeisung aus erneuerbaren Energien einspringen. Damit würde das Kraftwerk vor allem Reserveleistung bereitstellen und Lastspitzen im Stromnetz absichern. Gerade in Süddeutschland wächst der Bedarf an solchen steuerbaren Kraftwerken.

#### *Unterstützung vom Landesministerium*

Politische Unterstützung erhält das Vorhaben nun auch von der bayerischen Staatsregierung. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) unterzeichnete gemeinsam mit Onyx Power eine Absichtserklärung für das Projekt. Laut Ministerium dokumentiert der sogenannte Letter of Intent das gemeinsame Interesse an dem Kraftwerksbau. Aiwanger erklärte, neue Gaskraftwerke seien notwendig, um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in Bayern zu gewährleisten.

Ob und wann das Kraftwerk tatsächlich gebaut wird, hängt allerdings von mehreren Faktoren ab. Entscheidend dürfte sein, wie die Ausschreibungen im Rahmen des StromVKG ausgestaltet werden und ob das Projekt dort einen Zuschlag erhält. Zudem stehen weitere Genehmigungen und technische Detailplanungen aus. Onyx Power kündigte an, die Vorbereitungen für das Vorhaben nun weiter voranzutreiben. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

**ENERGIEJOBS**  
**DAS KARRIEREPORTAL FÜR  
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der  
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik    Erneuerbare Energien    Energiemanagement

☎ 08152 93 11 88    🌐 www.energiejobs.online

The advertisement features a smiling male worker in a dark blue uniform and orange safety gear, holding a coiled orange cable and giving a thumbs-up. The background is a blue grid with faint icons of wind turbines, solar panels, and industrial buildings. A large red arrow graphic points from the text area towards the worker.

## Langfristiger Ausbauplan soll helfen



Der Netzausbau beschäftigt derzeit alle Energieunternehmen in Deutschland und Europa. Quelle: Bayernwerk

**STROMNETZ. Trotz Rekordinvestitionen in die Stromnetzinfrastruktur im Jahr 2025 gibt es bei Avacon – wie auch bei anderen Netzbetreibern – immer mehr Engpässe bei den Anschlusskapazitäten.**

Avacon hat das Geschäftsjahr 2025 mit einem Jahresüberschuss von 206 Millionen Euro abgeschlossen. Insgesamt 101 Millionen Euro zahlt die Unternehmensgruppe an ihre Anteilseigner aus. Etwa 40 Prozent der Geschäftsanteile liegen bei 200 Landkreisen und Kommunen, rund 60 Prozent hält der Eon-Konzern.

„Das gute Jahresergebnis ist die Grundlage dafür, dass wir die Energiewende in der Region weiter verlässlich voranbringen können: mit gezieltem Netzausbau, hoher Versorgungssicherheit und Augenmaß bei den Kosten“, kommentierte Vorstandsvorsitzender Matthias Boxberger das Jahresergebnis von Avacon mit Sitz im niedersächsischen Helmstedt bei der Hauptversammlung.

641 Millionen Euro investierte die Unternehmensgruppe 2025 – rund 90 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Ein Großteil hiervon entfiel auf den Aus- und Umbau der Energienetze sowie die Digitalisierung. Innerhalb von fünf Jahren hat Avacon das jährliche Investitionsvolumen nach eigenen Angaben fast verdoppelt. Bis 2030 sind Investitionen von rund 4 Milliarden Euro geplant.

### *Rekordinvestitionen in Netze und Digitalisierung*

Bereits heute sind rund 980 digitale Ortsnetzstationen im Einsatz. Und mit einer Rolloutquote von 30 Prozent bei Smart Metern liege man, wie es weiter heißt, deutlich über den gesetzlichen Vorgaben: Von 1,1 Millionen Messstellen sind demnach bereits 60 Prozent umgerüstet.

Auch beim Ausbau erneuerbarer Energien verzeichnet Avacon eine hohe Dynamik. Rund 35.000 neue Erzeugungsanlagen wurden 2025 angeschlossen. Treiber bleibt die Photovoltaik mit einem Zuwachs von rund 25 Prozent. Insgesamt speisen heute rund 155.000 Anlagen 21,7 Milliarden kWh Strom aus regenerativen Quellen ein. Die bilanzielle Grünstromquote liegt bei 235 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. „Der Fokus muss darauf liegen, dass Erneuerbaren-Ausbau und Netzausbau deutlich besser verzahnt werden“, fordert Boxberger.

Gleichzeitig verzeichnet Avacon eine hohe Zahl weiterer Anschlussanfragen. Dem Unternehmen liegen aktuell rund 3.000 Anfragen für Batteriespeicher und 130 Anfragen von Industriekunden vor. Netzanschlusskapazitäten werden damit zunehmend zum Engpassfaktor. Als Herausforderung sieht das Unternehmen vor allem die fehlende Synchronisation bei Erzeugungsprojekten, Speichern und Netzausbau, die häufig unterschiedlichen Zeitplänen folgen. Ein langfristiger Netzausbauplan, der die Perspektiven für Netzanschlüsse von Kunden für die nächsten Jahre aufzeigt, soll hier Abhilfe schaffen.

Der Versorgungsbereich von Avacon erstreckt sich von der Nordseeküste bis Südhessen und umfasst große Teile Niedersachsens und Sachsen-Anhalts. // **VON GÜNTER DREWNITZKY**

[^ Zum Inhalt](#)

## Stadt Rudolstadt und die Teag planen Anteilstausch



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

**BETEILIGUNG.** Die Energieversorgung Rudolstadt sieht sich unter dem Dach der Thüringer Energie AG besser für die Energiewende aufgestellt.

Die kommunale Energieversorgung Rudolstadt GmbH (EVR) könnte demnächst eine Tochtergesellschaft der Thüringer Energie AG (Teag) werden. Die Beteiligten prüfen eine gesellschaftsrechtliche Neuaufstellung, heißt es in einer Mitteilung der Stadt Rudolstadt in Thüringen.

Derzeit hält die Stadt mit 51 Prozent die Mehrheit an der EVR. Weitere 25,1 Prozent entfallen auf die Münchener Stadtwerke Thüga, die Teag mit Sitz in Erfurt ist mit 23,9 Prozent beteiligt. Im Rahmen der laufenden Gespräche werde geprüft, ob die Stadt Rudolstadt und die Thüga ihre EVR-Anteile in die Teag einbringen. Im Gegenzug würden beide Partner Anteile an der Teag erhalten.

Im Ergebnis wären die Stadt Rudolstadt und die Thüga direkt an der Teag beteiligt. Die EVR und die Netzgesellschaft Energienetze Rudolstadt GmbH (ENR) würden im Gegenzug zu hundertprozentigen Tochtergesellschaften der Teag werden.

Die Teag selbst befindet sich ebenfalls überwiegend in kommunaler Hand. Nach Unternehmensangaben gehören 84,8 Prozent der Anteile rund 620 Städten und Gemeinden in Thüringen. Weitere 15,2 Prozent hält die Thüga.

### *Bewertung durch Wirtschaftsprüfer*

Zur Ermittlung der künftigen Beteiligungsverhältnisse werden die EVR und die ENR derzeit durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bewertet. Auf Basis dieser Unternehmensbewertungen soll festgelegt werden, welche Anteile die Stadt Rudolstadt und die Thüga als Gegenleistung an der Teag erhalten würden.

Die EVR erzielte im Geschäftsjahr 2024 einen Bilanzgewinn von 2,4 Millionen Euro nach 2,6 Millionen Euro im Vorjahr. Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 30,1 Millionen Euro. Im Jahr 2023 lagen sie noch bei 41,8 Millionen Euro.

„Die Energiewende, steigende Investitionen und neue technische Anforderungen stellen kleinere kommunale Versorger zunehmend vor Herausforderungen. Mit einer vertieften Zusammenarbeit wollen wir die Energieversorgung in Rudolstadt langfristig stabil und wirtschaftlich absichern und zugleich die kommunale Verankerung erhalten“, erklärte Bürgermeister Jörg Reichl. // [VON STEFAN SAGMEISTER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Moderne Umspannwerke kommen aus Riesa



Richtfest des neuen WT-Standorts: Die drei WT-Geschäftsführer mit Ministerpräsident Michael Kretschmer. Quelle: WT Energiesysteme / Norbert Neumann

**STROMNETZ.** Das Netztechnikunternehmen WT Energiesysteme erweitert seinen Standort in Riesa für rund 40 Millionen Euro und integriert die Elektroanlagenbau Schneider in die Unternehmensgruppe.

Die WT Energiesysteme hat am 7. Mai das Richtfest für den weiteren Ausbau ihres Standorts in Riesa (Sachsen) gefeiert. Das auf Energie- und Netztechnik spezialisierte Unternehmen investiert insgesamt rund 40 Millionen Euro in neue Produktions-, Büro- und Schulungskapazitäten. Gleichzeitig integriert die Unternehmensgruppe die bislang in Meißen ansässige Elektroanlagenbau Schneider GmbH (EAS).

Laut WT schreitet das Bauprojekt seit dem Spatenstich im April 2025 planmäßig voran. Die ersten beiden Bauabschnitte mit Werkhalle, Büro-Zwischenbau und Lagerhalle seien bereits abgeschlossen und in Betrieb. Mit dem Richtfest seien nun die Rohbauten der Bauabschnitte drei und vier erreicht worden. Die Fertigstellung des Gesamtprojekts ist für November 2026 vorgesehen.

### *Politische Unterstützung beim Richtfest*

Auch Vertreter aus Politik und Verwaltung begleiteten das Richtfest. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) erklärte, WT leiste mit dem Ausbau moderner Umspannwerke einen wichtigen Beitrag zur Integration erneuerbarer Energien und zur Versorgungssicherheit. „Der Neubau schafft nicht nur zusätzliche Arbeitsplätze, sondern auch ein Zentrum für Zukunftstechnologien für die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte im Bereich der Netzinfrastruktur“, hob Kretschmer hervor.

Der Landrat des Landkreises Meißen, Ralf Hänsel (CDU), bezeichnete die Investition als Signal für industrielle Kompetenz und Fachkräfteentwicklung in der Region. Riasas Oberbürgermeister Marco Müller (VDU) erklärte, WT stärke mit dem Ausbau moderne Industriearbeitsplätze und technisches Know-how am Standort Riesa.

### *Fertigungshalle für mehr Kapazität*

Im dritten Bauabschnitt entsteht ein Büro- und Verwaltungskomplex mit rund 2.700 Quadratmetern Nutzfläche und mehr als 75 Arbeitsplätzen. Dort sollen künftig Planung, Projektentwicklung und Arbeitsvorbereitung gebündelt werden. Parallel baut WT eine neue Fertigungshalle. Zudem plant das Unternehmen ein Schulungszentrum mit Trainingsumspannwerk. Dort sollen künftig Montage und Netzanschluss von Umspannwerken praxisnah trainiert werden.

WT-Geschäftsführer Marek Reschke erklärte, der Standort Riesa verbinde Tradition und Wachstumsperspektiven. „Mit der neuen Fertigungshalle schaffen wir zusätzliche Voraussetzungen, um die steigende Nachfrage der Kunden bedienen zu können“, so Reschke. Die Integration der EAS solle Kapazitäten und Kompetenzen bündeln.

Die Elektroanlagenbau Schneider GmbH war 1994 in Meißen gegründet worden und ist auf Schaltschrankprojekte spezialisiert. Künftig soll das Unternehmen als Marke innerhalb der WT-Gruppe in Riesa angesiedelt werden. Geschäftsführer Ronald Metzsig erklärte, die Integration eröffne Kunden und Beschäftigten zusätzliche Möglichkeiten durch moderne Infrastruktur und größere Kapazitäten.

Nach Angaben von WT bleibt Nachhaltigkeit ein zentrales Element des Projekts. Geplant seien Photovoltaikanlagen auf allen Dächern, begrünte Außenanlagen sowie Ladeinfrastruktur für Elektromobilität und Batteriespeicher. Geschäftsführer Michael Bohnefeld erklärte, der neue Standort solle die energetische Unabhängigkeit des Unternehmens stärken und gleichzeitig effizientere Arbeitsabläufe ermöglichen. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

## Solar-Verband mit neuer Spitze



Barabara Flesche. Quelle: Statkraft

**PERSONALIE. Die Statkraft-Managerin Barbara Flesche führt künftig den Branchenverband Solarpower Europe.**

Wechsel an der Spitze der europäischen Branchenvertretung: Solarpower Europe hat Barbara Flesche zur Präsidentin gewählt. Flesche, Executive Vice President von Statkraft Europe, tritt die Nachfolge von Aristotelis Chantavas an.

Mitglied der Statkraft-Konzernleitung ist sie seit 2022. Bevor sie zu dem norwegischen Energieriesen kam, war sie CEO bei Solarcentury. Das Unternehmen war 2020 von Statkraft übernommen worden. Flesche wurde nach der Übernahme Finanzchefin von Statkraft European Wind and Solar.

Flesche ist 1971 geboren und deutsche Staatsbürgerin. Sie hat Volkswirtschaft und Finanzwesen an der Universität Hamburg studiert. In der Erneuerbaren-Branche sammelt sie seit mehr als 20 Erfahrungen.

„Barbaras umfassende Erfahrung als EVP bei Statkraft, einem der größten europäischen Akteure im Bereich erneuerbare Energien, macht sie besonders geeignet, Solarenergie und Speichertechnologien als ausgereiften, etablierten und bedeutenden Bestandteil des europäischen Energiesystems zu vertreten“, kommentierte Walburga Hemetsberger, CEO von Solarpower Europe, die Wahl.

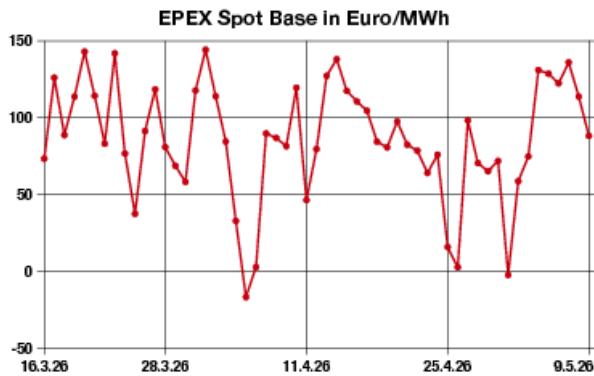
Als Vizepräsident neu gewählt wurde am 7. Mai Stefano Lorenzi, CEO, „3SUN“. Wiedergewählt wurde als Vizepräsidentin Alexandra Sombsthay, Executive Vice-President von Akuo. Insgesamt gehören dem Vorstand von Solarpower 20 Mitglieder an. // **VON MANFRED FISCHER**

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## MARKTBERICHTE

### STROM



### GAS



## Marktteilnehmer bleiben vor ETS-Reform vorsichtig



Quelle: E&M

**MARKTKOMMENTAR.** Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO<sub>2</sub>- und Gasmarkt.

Fester, doch in enger Bandbreite, haben sich die Energiemärkte am Freitag bewegt. Alle Augen sind weiterhin auf die Entwicklungen im Irankrieg gerichtet. Laut einem Händler betragen die Umsätze am deutschen Strommarkt zum Teil nur ein Zehntel dessen, was üblicherweise gehandelt wurde. Für Zuversicht sorgt, dass die USA offenbar um jeden Preis eine Friedensvereinbarung finden wollen. US-Präsident Donald Trump bezeichnete wiederholt die Waffenruhe als intakt und nicht gebrochen, obwohl es immer wieder Scharmützel zwischen den Kriegsparteien gab. Unter anderem soll der Iran Schiffe in der Straße von Hormus angegriffen haben. Zudem sind substantielle Annäherungen bei den Streitpunkten zwischen den USA und dem Iran weiter nicht in Sicht.

**Strom:** Etwas fester, doch abwartend, hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag gezeigt. Der Montag wurde mit 109,00 Euro je Megawattstunde im Base gesehen. An der Börse wurde der erste Arbeitstag der neuen Woche mit 107 Euro je Megawattstunde gehandelt. Am Donnerstag hatte der Freitag selbst im außerbörslichen Handel im Base 114 Euro gekostet. Maßgeblich für den moderaten Preisrückgang von Freitag auf Montag ist die höhere Erneuerbaren-Einspeisung, die für den ersten Tag der neuen Woche erwartet wird. Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren soll laut den Meteorologen von Eurowind am Montag 21,6 Gigawatt betragen gegenüber 19,4 Gigawatt am Berichtstag. Für Dienstag und Mittwoch der neuen Woche geht Eurowind von Erneuerbarenbeiträgen aus, die mit 37,5 bzw. 34,2 Gigawatt deutlich höher liegen als die für Montag erwartete Einspeisung.

Am langen Ende legte das Stromfrontjahr um 0,47 auf 90,41 Euro zu. Händler verwiesen auf die zum Teil extrem niedrigen Umsätze am Markt. Jedermann warte auf neue Schlagzeilen vom Irankrieg. Niemand wolle umfangreiche Positionen eingehen, um nicht von den Kriegseignissen unangenehm überrascht zu werden.

**CO<sub>2</sub>:** Ein wenig fester haben sich die CO<sub>2</sub>-Preise am Freitag präsentiert. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.35 Uhr 0,21 auf 75,33 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 6,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 75,84 Euro je Tonne, das Tief bei 74,83 Euro. Die Analysten von belektron bezeichnen die Marke von 75 Euro als Anker für den Dec 26. Die Ergebnisse der jüngsten Primärmarktauktionen ließen auf eine gute Nachfrage schließen. Vor einem Treffen hochrangiger Mitarbeiter zur Reform des EU-ETS am Dienstag der neuen Woche dürften die Marktteilnehmer aber etwas

vorsichtiger agieren.

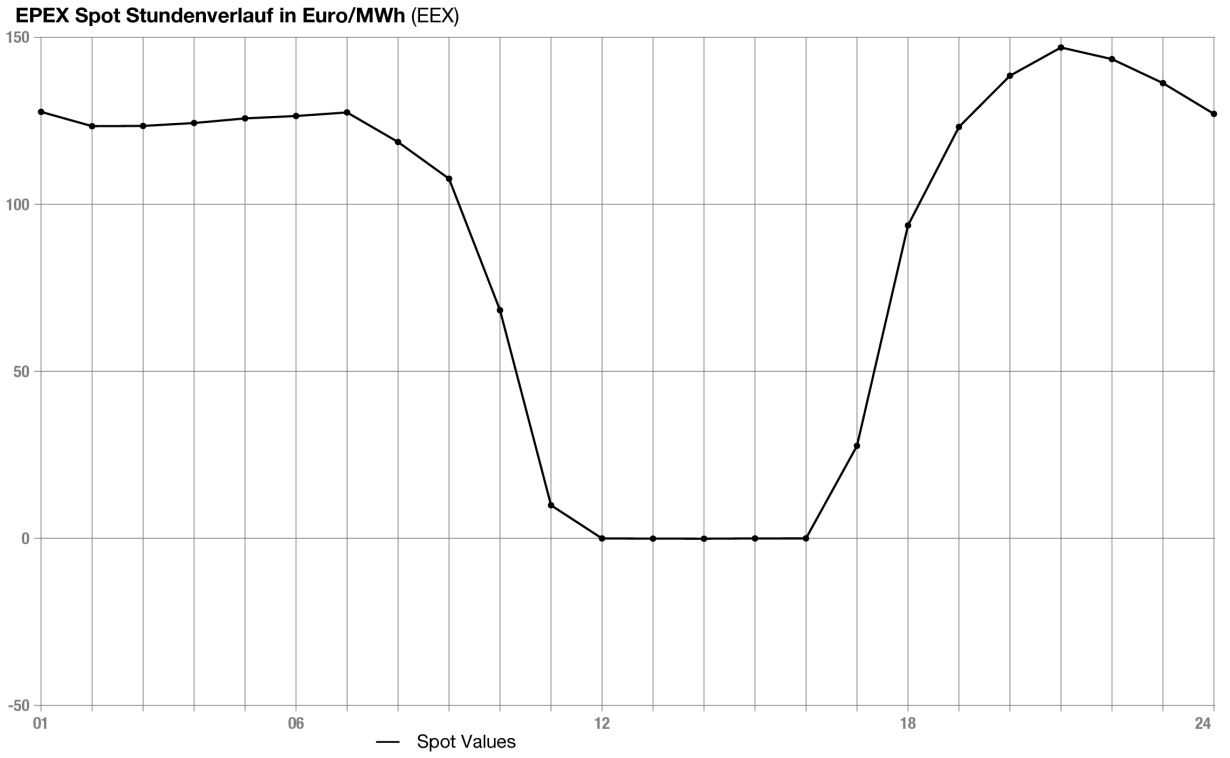
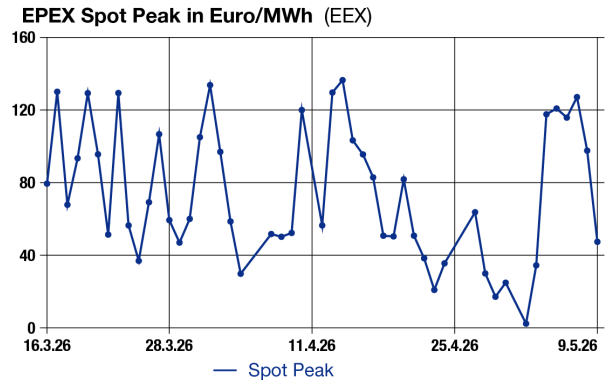
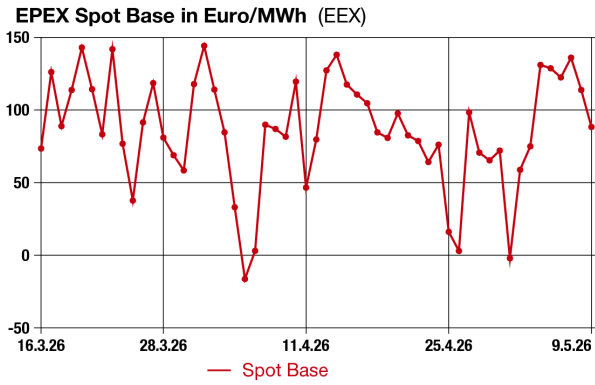
**Erdgas:** Fester haben sich die europäischen Gasmärkte am Freitag gezeigt. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 12.55 Uhr 1,000 auf 44,400 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging der Day-ahead um 0,775 auf 44,775 Euro je Megawattstunde nach oben. Die europäischen Erdgaspreise steigen im Nachmittagshandel im Gleichklang mit Öl, da die Händler auf neue Informationen zu den Friedensverhandlungen zwischen den USA und dem Iran warten. Eine schwächere LNG-Nachfrage in Asien verringert den Druck auf die europäischen Märkte, während die Gaseinspeisungen vor dem Winter kräftig begonnen haben.

Allerdings muss noch eine erhebliche Lücke geschlossen werden. „Die Risiken für die Winteraussichten blieben aufwärtsgerichtet, insbesondere in einem Szenario einer länger andauernden Angebotsunterbrechung“, so die Analysten der Rabobank. Das Institut prognostiziert für das zweite Halbjahr TTF-Preise zwischen 47 und 50 Euro je Megawattstunde. // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

# ENERGIEDATEN:

## Strom Spotmarkt



### Strom Terminmarkt

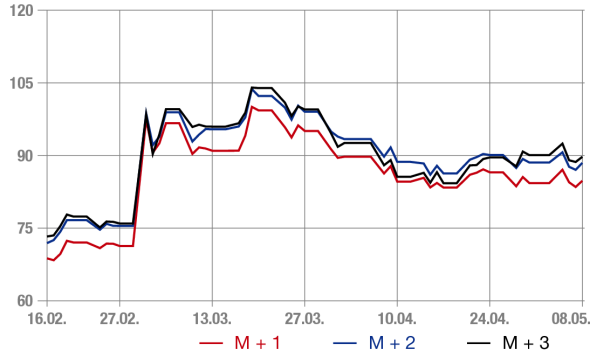
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	08.05.26	German Power Jun-2026	84,77
M2	08.05.26	German Power Jul-2026	88,47
M3	08.05.26	German Power Aug-2026	89,72
Q1	08.05.26	German Power Q3-2026	92,85
Q2	08.05.26	German Power Q4-2026	110,80
Q3	08.05.26	German Power Q1-2027	107,41
Y1	08.05.26	German Power Cal-2027	90,27
Y2	08.05.26	German Power Cal-2028	78,71
Y3	08.05.26	German Power Cal-2029	73,22

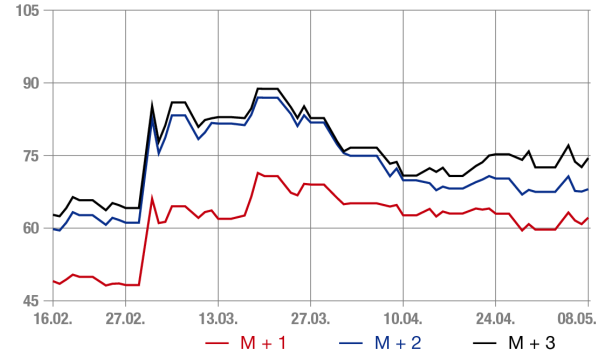
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	08.05.26	German Power Jun-2026	62,16
M2	08.05.26	German Power Jul-2026	68,04
M3	08.05.26	German Power Aug-2026	74,46
Q1	08.05.26	German Power Q3-2026	82,16
Q2	08.05.26	German Power Q4-2026	136,07
Q3	08.05.26	German Power Q1-2027	125,90
Y1	08.05.26	German Power Cal-2027	95,03
Y2	08.05.26	German Power Cal-2028	84,41
Y3	08.05.26	German Power Cal-2029	79,49

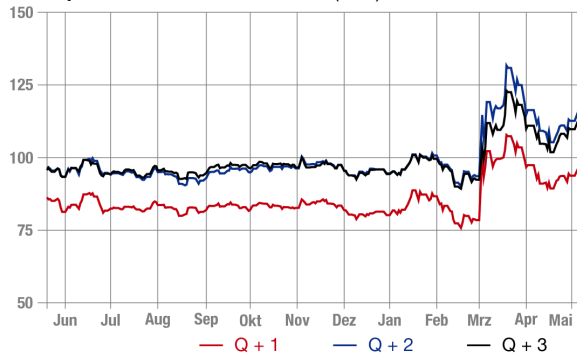
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



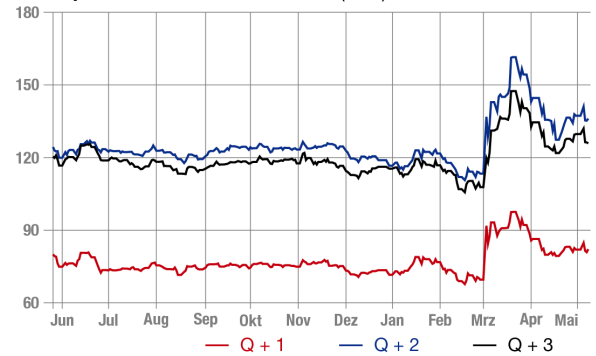
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



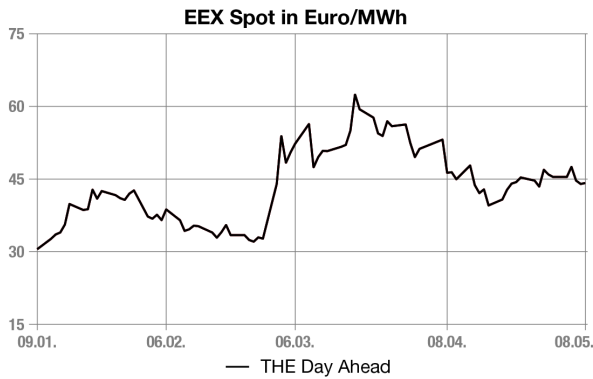
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



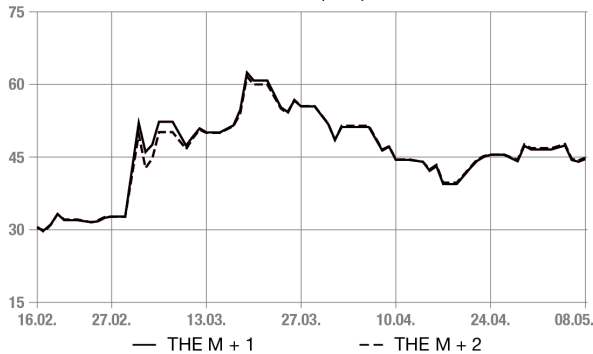
## Gas Spot- und Terminmarkt

### Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

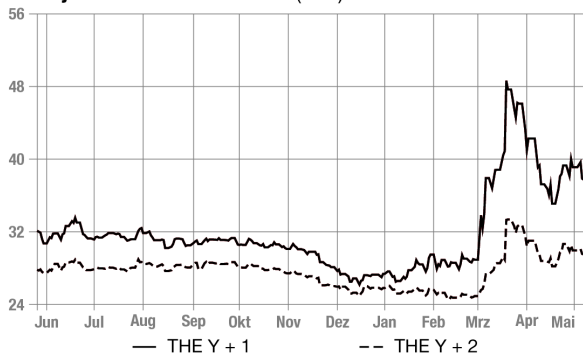
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	08.05.26	German THE Gas Jun-2026	44,59
M2	08.05.26	German THE Gas Jul-2026	44,86
Q1	08.05.26	German THE Gas Q3-2026	45,00
Q2	08.05.26	German THE Gas Q4-2026	45,18
S1	08.05.26	German THE Gas Win-2026	44,82
S2	08.05.26	German THE Gas Sum-2027	35,84
Y1	08.05.26	German THE Gas Cal 2027	38,09
Y2	08.05.26	German THE Gas Cal 2028	29,47



### Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



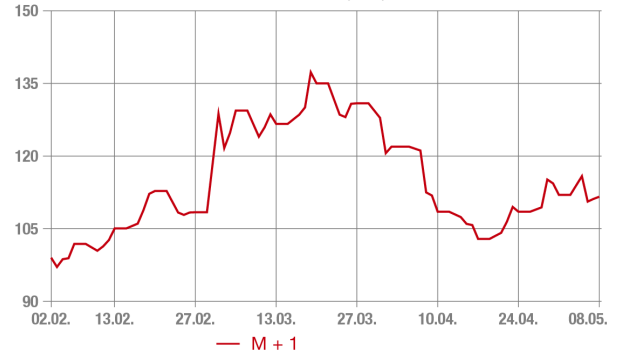
### Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



## Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	08.05.26	88,33	EUR/MWh
Germany Spot peak	08.05.26	47,40	EUR/MWh
EUA Juni	08.05.26	74,15	EUR/tonne
Coal API2 Juni 2026	08.05.26	111,60	USD/tonne

### Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



## Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	08.05.26	44,18	EUR/MWh
German THE Gas Jun-2026	08.05.26	44,59	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	08.05.26	38,09	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	08.05.26	101,29	USD/tonne

### EUA in Euro/t (EEX)



## E&M STELLENANZEIGEN



### Kaufmännischer Angestellter (m/w/d) / Agrarkaufmann oder Gartenbau-/Agrarmanager (...)

Frische Kräuter, Fertigrasen Ihre Zukunft im nachhaltigen Anbau! Sie suchen nach einer beruflichen Her...  
in Bürstadt

vor 2 h

Festanstellung / Ausbildung



### Betriebsleiter (all) Biogasanlagen

Über uns Bei biogeen erzeugen wir mit unseren 48 Biogasanlagen klimafreundlichen Strom und Wärm...  
in Deutschland

vor 2 h

Projektleitung  Festanstellung  Weiterbildung / Kinderbetreuung



### Health & Safety Officer Windenergie - HSE & Technik (m/w/d)

www.vensys.de MEHR ENERGIE FÜR IHRE ZUKUNFT Gestalten Sie mit uns die Energiewende! Als innov...  
in Neunkirchen-Seelscheid (+3 weitere Standorte)

vor 2 h

Ausbildung  Weiterbildung / Kantine



### Technischer Vertrieb & Projektleiter - Anlagenbau Gasreinigung & Gasrecycling (m/w/d)

ReiCat GmbH entwickelt und liefert verfahrenstechnische Anlagen und Systeme zur Reinigung und de...  
in Gelnhausen

vor 2 h

Festanstellung / Freie Mitarbeit



### Netzmeister\*in im Fachgebiet Mittel-/Niederspannung Netzbetrieb (m/w/d)




Über uns Stellenbeschreibung: Willst Du gemeinsam mit uns das 36.000 Kilometer lange Berliner Stro...  
in Berlin (+1 weiterer Standort)




vor 2 h



Freie Mitarbeit  Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit / Sabbatical




[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)



## IHRE E&M REDAKTION:



**Stefan Sagmeister** (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** Energiehandel, Finanzierung, Consulting  
  




**Fritz Wilhelm** (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)  
**Schwerpunkte:** Netze, IT, Regulierung  
  




**Davina Spohn** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** IT, Solar, Elektromobilität  
 



**Georg Eble** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** Windkraft, Vermarktung von EE  
  

**Günter Drewnitzky** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** Erdgas, Biogas, Stadtwerke  
 

**Heidi Roider** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** KWK, Geothermie  
 

**Susanne Harmsen** (Büro Berlin)  
**Schwerpunkte:** Energiepolitik, Regulierung  
  



**Katia Meyer-Tien** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke  
  









Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**  
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**  
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**  
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**  
 

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.  
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

**Ständige freie Mitarbeiter:**

**Volker Stephan**  
**Manfred Fischer**  
 Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**  
 

 Über E&M	 E&M Anzeigen-Vertrieb	 E&M Mediadaten	 E&M Zeitung
 E&M Termine	 E&M Shop	 E&M Firmendatenbank	 E&M Glossar

## IMPRESSUM

---

**Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH**

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

[info@emvg.de](mailto:info@emvg.de) - [www.energie-und-management.de](http://www.energie-und-management.de)**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

**Wichtiger Hinweis:** Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

